

KLIMAPAKET DER BUNDESREGIERUNG NUTZT POTENZIALE DES BUSVERKEHRS NICHT

Ein erster Schritt ist nicht genug



bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard sieht das Klimapakete der Bundesregierung kritisch

Die Erwartungen waren groß – und die Straßen voll mit Demonstrantinnen und Demonstranten. Am 20. September hat die Bundesregierung ihre Eckpunkte für das Klimaschutzprogramm 2030 vorgestellt. Nach der Durchsicht der Vorschläge brachte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo), in einem ersten Statement ihre Enttäuschung über verpasste Chancen zum Ausdruck. Ihr Fazit: Die Potenziale des Busses im Nah- und

Fernverkehr werden leider nicht ausreichend aktiviert.

„In den Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030 steckt insgesamt viel Gutes. Denn: Mit diesen Vorschlägen macht sich Deutschland auf den Weg, stärker auf den Schutz von Umwelt und Klima hinzuwirken. Das ist richtig und dringend notwendig“, leitete Christiane Leonard ihre Kritik ein. „Mit Blick auf den Bussektor lässt das Maßnahmenpaket der Bundesregierung leider viele naheliegende Chancen für sinnvollen und effektiven Klimaschutz aus.“

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung sollte sicherlich Aufbruchstimmung verbreiten und Entschlossenheit zeigen. In der Realität bleibt es aber hinter diesen Ansprüchen zurück. In einer konkreten Analyse der Vorschläge zeigt sich, dass der Bussektor wenig oder gar nicht im Wettbewerb gegen klimaschädliche Verkehrsträger wie Pkw und Flieger gestärkt wird. Die Attraktivität des ÖPNV soll beispielsweise durch eine Steigerung der sogenannten GVFG-Mittel erhöht werden. Die Verdopplung der Gelder ist aber

mit dem Jahr 2025 zu weit in die Zukunft verlegt. Und es ist nicht ersichtlich, dass der Zugang zur Förderung diskriminierungsfrei und wettbewerbsneutral gestaltet wird. Modellprojekte für die Erprobung günstiger ÖPNV-Jahrestickets wecken als PR-Bonbon falsche Erwartungen bei Fahrgästen und drohen dem System wichtige Gelder zu entziehen. Die Einführung eines nationalen CO₂-Emissionshandelssystems für den Verkehrssektor wird Diesel teurer machen, führt aber aufgrund des zunächst geringen Preisanstiegs wohl nicht zu einer Verhaltensänderung bei Pkw-Fahrern. Und nicht zuletzt ist das Paket in Hinblick auf den öffentlichen Personenfernverkehr sogar als reines Subventionsvehikel für die DB zu sehen, die einseitig von einer Steuererleichterung profitieren soll.

So fasst Christiane Leonard zusammen: „Während der Schienenverkehr deutlich profitiert, bleiben die Maßnahmen für den Bus deutlich hinter den Möglichkeiten zurück. Ich meine: Das geht viel besser. Auch die Bus-Fahrgäste im Fernverkehr sollten so von einer Senkung der Mehrwertsteuer profitieren. Und statt der Erprobung von 365-Euro-Tickets im ÖPNV empfehlen wir vielmehr einen massiven Angebotsausbau mit neuen Linien, dichterem Taktung, verbesserter Infrastruktur und Innovationen. Es bleibt zu hoffen, dass im endgültigen Klimaschutzprogramm der Bus eine größere Rolle spielt. Wenn nicht, bleiben wertvolle Chancen beim Klimaschutz ungenutzt. Die Bundesregierung kann und muss hier stärker auf den Bus setzen.“

DINNER-DEBATTE DER IRU IN BRÜSSEL

Im Austausch mit neuen Europa-Abgeordneten

Willkommen. Bienvenue. Welcome. Quasi gemäß dieser Textzeile aus dem Musical „Cabaret“ kam es am 1. Oktober in Brüssel zu einem Austausch zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zahlreichen Akteuren aus Verkehrsunternehmen und Verbänden aus ganz Europa. Eingeladen hatte der Weltverband IRU zu seiner Dinner Debate. Und rund 230 Gäste waren dem Ruf gefolgt, um sich in den Räumlichkeiten des Parlaments für den Austausch einzufinden.

Unter den Gästen waren unter anderem wichtige Ansprechpartner des privaten Busgewerbes in Brüssel. Zu ihnen zählte beispielsweise der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, der von seinen Kollegen zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments (EP) gewählt worden war. Mit ihm sowie vielen anderen Gästen suchte für den bdo

Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard den Austausch. Schließlich geht es in den kommenden Monaten – und Jahren – weiterhin auf europäischer Ebene um die Verhandlungen zu den verschiedenen Teilen des Mobilitätspakets. Die IRU nutzte den Termin Anfang Oktober in Brüssel auch, um die eigene Strategie und die

Prioritäten für die Arbeit in der laufenden Legislaturperiode des EP vorzustellen, wie sie im neuen „IRU Manifesto“ fixiert sind. Die drei wichtigen Dreh- und Angelpunkte, die für die Potenziale des Straßenverkehrssektors sprechen, bilden die inhaltliche Grundlage für die IRU: „prosperity“, „people“ und „environment“.



Die ehemalige FDP-Generalsekretärin Nicola Beer ist seit diesem Jahr Mitglied im Europäischen Parlament



Der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen ist stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des EP

© bdo

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT ZUM ANSPRUCH AUF ERLASS ALLGEMEINER VORSCHRIFTEN

Gewerbefreiheit muss zeitnah mit PBefG-Novelle gerettet werden

Ein herber Schlag für die privaten Verkehrsunternehmen in Deutschland und die Gestaltung eines effizienten Personenverkehrs. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat am 10. Oktober mit Enttäuschung die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Anwendbarkeit von allgemeinen Vorschriften im öffentlichen Personenverkehr zur Kenntnis genommen. Die Leipziger Richterinnen und Richter hatten nach zweieinhalbstündiger mündlicher Verhandlung und intensiver Erörterung am Donnerstag nicht im Sinne des klagenden Busunternehmens entschieden. Dass diese Auslegung der derzeitigen Rechtslage durch das Bundesverwaltungsgericht im Widerspruch zur eigentlichen Absicht des Gesetzgebers steht, wurde in einem entsprechenden schriftlichen Statement der Bundesregierung deutlich.



Am Vormittag des 10. Oktobers gab es Nieselwetter in Leipzig – gefolgt von dunklen Wolken am Nachmittag

Die privaten Busunternehmen rufen daher nach einer schnellen Klarstellung im Rahmen der ohnehin anstehenden PBefG-Novelle. Die Entscheidung des Gerichts mache deutlich, dass die letzte Novellierung des PBefG mit seinem unklaren Gesetzestext zu einer Auslegung geführt habe, die eindeutig zulasten der privaten Unternehmen gegangen sei. Die Praxis zeige, dass private Unternehmen durch das Handeln der Aufgabenträger vielerorts aus dem Markt gedrängt würden. Teure kommunale Strukturen dehnten sich immer weiter nahezu flächendeckend aus. Die Kosten dieser „Verstaatlichung“ trage der Steuerzahler. Wirtschaftliche Prinzipien auf der Basis der Gewerbefreiheit seien jedoch dringend notwendig in einer Zeit, in der große und kostenintensive Aufgaben auf den öffentlichen Personenverkehr und die darin tätigen Unternehmen warten. Umso mehr brauche der ÖPNV eine Unternehmensvielfalt, die Innovationen vorantreibt. Dies gelinge aber nur, solange die Unternehmen das Interesse am Fahrgast nicht durch staatliche Vorgaben verlieren.

Karl Hülsmann, Präsident des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo), sagte zur Entscheidung in Leipzig: „Wir haben uns gestern einen anderen Ausgang gewünscht, respektieren aber natürlich die Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts Deutschlands. Wir sehen ganz deutlich, dass der Gesetzgeber eine andere Absicht verfolgte, indem er den

Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit formulierte. Dies muss sich aus unserer Sicht konsequenterweise auch auf Fälle erstrecken, in denen nichtauskömmliche Verbundtarife vorgegeben werden, sodass hier entsprechend ein Anspruch auf Erlass einer allgemeinen Vorschrift besteht. Leider kommt dies nicht in der Deutlichkeit im derzeitigen PBefG zum Ausdruck, wie die gestrige Entscheidung zeigt. Das muss mit der bevorstehenden PBefG-Novellierung schnell geändert und geklärt werden.“

Weiter führte der bdo-Präsident aus: „Ein leistungsfähiger öffentlicher Personenverkehr ist von allergrößter Bedeutung für den Klimaschutz im Verkehrssektor sowie für die allgemeine Weiterentwicklung der Mobilität in Deutschland. Gerade in dieser Situation stellt die mit dem Urteil bestätigte Machtverlagerung hin zu den Aufgabenträgern eine Gefahr für die Gewerbefreiheit und alle grundlegenden Wettbewerbsprinzipien im öffentlichen Personenverkehr dar. Dieser unternehmensfeindliche Ansatz lässt sich nach der gestrigen Entscheidung des BVerwG so aus den derzeitigen Formulierungen des PBefG entnehmen, kann aber nicht der politische Wille in Deutschland sein. Wir setzen daher nun alle Hoffnung auf die anstehende PBefG-Novellierung, um die Fehler der letzten PBefG-Novelle zu korrigieren und den Mittelstand damit zu erhalten“, sagte Karl Hülsmann.

FRAUENNETZWERK DES BDO IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Für einen Wandel in der Branche

Man kann es gar nicht oft genug sagen. In so ziemlich allen Bereichen des Mobilitätssektors – ob in Unternehmen oder aufseiten von Politik sowie Verbänden – sind Frauen nur selten zu sehen. Es ist ein Hemmnis für die Zukunftsfähigkeit der Busbranche, welches der bdo unter anderem mit seinem Frauennetzwerk beseitigen will. Im September trafen sich die bdo business women (bbw) in Berlin für den Austausch.

Neben Gesprächen standen zahlreiche Punkte auf der Agenda für die Veranstaltung. Dazu zählte unter anderem ein Besuch im Deutschen Bundestag, wo die Gruppe von Daniela Ludwig empfangen wurde. Die CSU-Politikerin war zu dem Zeitpunkt noch als verkehrspolitische Sprecherin der Unionsfraktion ganz nah an der Branche dran und konnte aktuelle Einblicke in die Arbeit der Fraktion zur PBefG-Novelle geben. So konnte die Bus-Delegation mit ihr und ihrem Mitarbeiter intensiv über die Novelle diskutieren. Der gute Austausch macht es umso bedauerlicher, dass Daniela Ludwig

nunmehr die Arbeit als Drogenbeauftragte der Bundesregierung aufgenommen hat.

Im weiteren Verlauf des Tages nahmen die Teilnehmerinnen in der bdo-Geschäftsstelle in Berlin-Mitte auch an einem Coaching teil. Nicht zuletzt spielte auch der direkte Austausch untereinander eine große Rolle. Dabei ging es unter anderem um das Thema „alternative Antriebe“ genauso wie die strategische Planung der weiteren Aktivitäten des bbw-Netzwerks in Berlin und Brüssel. Derartige Gespräche zeigen abermals: Der Versuch, den Einfluss der Frauen



Im Deutschen Bundestag sprach Daniela Ludwig (u. 2. v. r.), damals verkehrspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, zu den bdo business women

im Bussektor weiter zu vergrößern, wird mit Sicherheit noch lange und intensiv vorangebracht werden.

DER BERUF ALS BUSFAHRER IM PORTRÄT

Hinter dem Steuer, vor der Kamera

Schöne Bilder und ein wenig Erholung. Derartige Assoziationen bringt man mit dem Tourismus klassisch in Verbindung. Viel zu selten wird der Reisesektor in Hinblick auf seine ökonomische Bedeutung abgeklopft. Umso erfrischender ist es, was das Kompetenzzentrum Tourismus des Bundes aktuell unter dem Hashtag #richtiggemacht an Informationen in Umlauf bringt. „Die Tourismuswirtschaft ist einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland und weltweit“, heißt es da gleich in der Einleitung. In der Folge werden die vielen spannenden Berufsbilder der Branche genauer vorgestellt und jungen Menschen nähergebracht. In den Jobs stecken viele Perspektiven und Möglichkeiten. Denn: „Eine touristische Berufsausbildung erweitert den Horizont. Und sie ist ein gutes Fundament für Deine Zukunft. Hier zeigen wir Euch, was möglich ist.“



Dieser angehende Busfahrer des Unternehmens BVB wurde vom Kompetenzzentrum Tourismus des Bundes porträtiert

Neben handfesten Informationen über den Einstieg in die verschiedenen Berufe werden auch echte Auszubildende aus dem jeweiligen Sektor kurz präsentiert. Demnächst sind an dieser Stelle auch Eindrücke aus dem Leben eines angehenden Busfahrers zu sehen. Ende September kam

es dafür in Berlin auf dem Gelände des Unternehmens BVB zu einem Videodreh samt Photoshooting. Im kurzen Interview ging es um die Vielfalt im Job, die Vorlieben des porträtierten jungen Mannes und seinen Werdegang. Wer

mehr über die Darstellung des Berufes und die anderen Jobs im Tourismus erfahren möchte, findet die entsprechenden Informationen im Internet unter:

<https://richtiggemacht-tourismus.de>

BDO-WORKSHOP NIMMT ALTERNATIVE ANTRIEBE IN DEN FOKUS

Schon heute das umweltfreundlichste Verkehrsmittel

Gehört die Zukunft im Busverkehr eher Strom, Gas oder Wasserstoff? Im Rahmen einer bdo-Fachveranstaltung konnten sich mehr als 100 Interessierte aus dem Gewerbe über Beschaffung, Nutzung und Nachhaltigkeit verschiedener alternativer Antriebe informieren. Die Vorträge zeigten unter anderem auf, dass die privaten Busunternehmen noch mehr zum Klimaschutz beitragen können, wenn die Politik entsprechende Richtungsentscheidungen in Hinblick auf Förderung und Angebotsausbau fällt.

In Zusammenarbeit mit dem Ladelösungen-Anbieter Allego richtete der bdo in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg einen zweitägigen Workshop aus. Referenten skizzierten unter anderem die bisherigen Erfahrungen sowie wissenschaftliche Ergebnisse zu den verschiedenen Alternativen zum Einsatz von Dieselfahrzeugen. Besondere Beachtung fand auch die Analyse der bestehenden Fördermechanismen. Potenziale und Probleme verschiedener alternativer Antriebstechniken für den Busverkehr wurden so sichtbar.

triebe und die Fördermaßnahmen des Bundes. Sascha Faradsch informierte vonseiten des Bundesverkehrsministeriums aus insbesondere über die Folgen der Clean Vehicle Directive. Und Patrick Kurth erweiterte für FlixBus den Fokus, indem er über Chancen und Herausforderungen bei der Antriebsumstellung auch bei Fernlinienbussen informierte. Das offizielle Grußwort zum Auftakt der Veranstaltung hatte zu Beginn der WBO-Vorsitzende Klaus Sedelmeier gehalten, der die Bereitschaft der privaten Busunternehmen unterstrich, weiter eine Führungsrolle beim Klimaschutz einzunehmen – der dafür aber auch eine entsprechende politische Unterstützung forderte.



Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen für den Workshop nach Berlin

Mit mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kam es zum Austausch über die aktuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten von Wirtschaft, Politik und Verwaltung mit Blick auf die sogenannte Antriebswende. Dafür kamen unter anderem Vertreter des Beratungsunternehmens VCDB, des Verkehrs- und Tarifverbunds MVV, der Kanzlei Roling & Partner und des Prüfungs- und Beratungsdienstleisters PwC zu Wort. Für die NOW GmbH referierte Oliver Braune über den Vergleich verschiedener alternativer An-

Christiane Leonard, bdo-Hauptgeschäftsführerin, sagte zur Ausrichtung der Veranstaltung: „Schon heute ist der Bus mit modernem Dieselmotor das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. In Zukunft werden unsere Fahrzeuge ihre Bedeutung für den Klimaschutz noch ausweiten und lokal emissionsfrei unterwegs sein. Dafür brauchen wir als Mittelstand aber klare Perspektiven und faire Bedingungen etwa in Hinblick auf Förderung, Auftragsvergabe und einen betriebswirtschaftlich vertretbaren Betrieb der neuen Fahrzeuge. Dies fehlt derzeit häufig noch.“

© bdo

WBO: ANTRITTSBESUCH BEI ANNA DEPARNAY-GRUNENBERG

Im Austausch mit Brüsseler Parlamentarierin



WBO-Referent Martin Burkart, die Abgeordnete Anna Deparnay-Grunenberg und die stellvertretende WBO-Geschäftsführerin Yvonne Hüneburg (v. l.)

Das EU-Mobilitätspaket war das Hauptgesprächsthema beim Treffen von Anna Deparnay-Grunenberg, in diesem Jahr neu gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), mit Yvonne Hüneburg und Martin Burkart vom Verband Baden-Württembergischer Busunternehmer e. V. (WBO). Deparnay-Grunenberg stammt aus Stuttgart und ist Ende Mai für die Grünen ins EP gewählt worden, wo sie sich nun im wichtigen Verkehrsausschuss (TRAN) engagiert.

Der WBO freut sich sehr, dass mit Anna Deparnay-Grunenberg wieder eine Vertreterin aus dem „Ländle“ Verkehrsthemen direkt bearbeitet. „Eine Ansprechpartnerin in Stuttgart für so wichtige Themen wie Lenk- und Ruhezeiten, Kabotage und Entsendung ist für die hiesige Busbranche von großem Vorteil. Wir freuen uns über einen weiterhin guten Kontakt“, bilanzierte die Stellvertretende WBO-Geschäftsführerin Yvonne Hüneburg nach dem Austausch mit der Parlamentarierin aus den Reihen der Grünen im EP.

WBO: KOOPERATION MIT DEKRA UND TÜV SÜD

Alles sicher beim landesweiten Schulbus-Check 2019

Baden-Württembergs Schülerinnen und Schüler kommen sicher mit dem Bus in die Schule. Das ist das Ergebnis des diesjährigen „Schulbus-Checks“. Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration, Manfred Lucha (Bündnis 90/Die Grünen), machte sich auf dem Betriebshof der Firma Omnibus Müller in Bad Waldsee selbst ein Bild von der landesweiten Aktion, die der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer e. V. (WBO) gemeinsam mit TÜV SÜD und Dekra vor neun Jahren ins Leben gerufen hatte. „Eine tolle Sache“, lobte Sozialminister Manfred Lucha, „die Sicherheit hat oberste Priorität“.



Der baden-württembergische Minister für Soziales und Integration, Manfred Lucha (r.), sowie WBO-Vorstandsmitglied Bernd Grabherr (l.) beim Schulbus-Check

Etwa 200 Busse aus ganz Baden-Württemberg haben die Fachleute von Juni bis September beim „Schulbus-Check 2019“ genau inspiziert. Neben Prüfkriterien wie Haltegriffen und Spiegel wurden in der bis zu 45-minütigen Inspektion Bremsen, Reifen, Reversiereinrichtung (Einklemmsicherung) der Türen und Lichtanlagen untersucht. Darüber hinaus haben die Fachleute Motorraum, Unterboden der Fahrzeuge sowie

Achsen und Lenkung gecheckt. Prüfeningenieure von TÜV SÜD und Dekra demonstrierten an einem im Schülerverkehr eingesetzten Bus und

einem im sogenannten freigestellten Schülerverkehr eingesetzten Kleinbus die Prüfinhalte des Checks.

LBO: INFORMATIONSREISE NACH NORDITALIEN

Mailand mal anders

Unter dem Motto „Mailand mal anders“ war der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmer (LBO) Ende August zu einer viertägigen Informationsreise gestartet. Mit freundlicher Unterstützung von der Iveco Magirus AG und Service-Reisen Giessen erkundete die LBO-Gruppe mit insgesamt 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die norditalienische Mode- und Kunstmetropole sowie das Iveco-Produktionswerk in Suzzara. Mit einer Fläche von fast 200.000 Quadratmetern und jährlich über 50.000 produzierten Fahrzeugen des Modells Daily ist das Werk in Suzzara ein bedeutender europäischer Hersteller von Kastenwagen und Minibussen.



Der Mailänder Dom ist das bekannteste Wahrzeichen der Stadt in der Region Lombardei

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org

V.i.S.d.P. Christian Wahl

Redaktion Christian Wahl